

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Tahlertal, Königs, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 45 Halver 1933
Mittwoch, den 22. Februar
Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto. -
Erzheim werktätlich mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl. Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. - Postcheckkonto: Dortmund 2941. -

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Für die Reichstagswahlen sind acht Reichswahlvorschläge zugelassen, für die Landtagswahlen in Preußen sieben.
- * In Genf hat die entscheidende Tagung der Völkerverversammlung zur Behandlung des Fernostkonfliktes begonnen. Japan hat gleichzeitig den Kampf in der chinesischen Provinz Dschehol eröffnet.
- * Bei einer Explosionskatastrophe in Schanghai sollen zahlreiche Personen den Tod gefunden haben.

Die Feuerprobe.

Fast einundneunzig Jahre hat das Verfahren gebauert, das vor dem Völkerbund das Vordringen Japans in der Mandchurie herbeigeführt hat und das jetzt seiner Endentscheidung entgegengehen soll. Am 18. September 1931 kam es zu den ersten Zusammenstößen zwischen den Japanern und den chinesischen Truppen in der Mandchurie, das Ende war hier bekanntlich die tatsächliche und völlige Losreißung dieses fernöstlichen Gebietes von China, dem es allerdings lange nicht angehört hatte. Der wiedererwachte chinesische Nationalismus hatte aber versucht, durch eine zielbewußt gelenkte Masseneinwanderung dieses Außenland sozusagen auf friedlichem Wege zurückzuerobieren. Die weiteren Ereignisse, die die Japaner erst bis zur russischen Nordgrenze und jetzt in die chinesische Provinz Dschehol, außerdem zur „Selbständigkeits-erklärung“ des neuen Staates Mandschukuo führten, sind erfolgt, während man sich in Genf abmüht, im Sinne des Völkerbundsstatuts zunächst einmal ein Vermittlungs- und dann - zwecks Schlichtung des Streits - ein Untersuchungsverfahren einzuleiten und zu Ende zu bringen.

Dieses zweite, nun abgeschlossene Verfahren baut sich auf den Artikeln 10 und 15 der Bundescharta auf, wonach bei einem Scheitern der gütlichen Vermittlung die streitenden Parteien dem Richterspruch des Bundes unterworfen sind. Das Schlichtungsverfahren des in Genf in monatelangen Beratungen arbeitenden Sonderausschusses mißlang aber, da sich seine Vorschläge auf den Feststellungen und Empfehlungen des vor einem Jahre nach der Mandchurie entstandenen Untersuchungsausschusses aufbauten und da Japan auf die beiden Hauptfragen, ob es die Hoheit Chinas über die Mandchurie anerkennen und den Marsch in die Provinz Dschehol unterlassen wolle, glattweg verneinend geantwortet hat und diese Ablehnung auch durch Tatsachen bekräftigte. Daher wird jetzt die in Genf zusammengetretene Bundesversammlung selbst zunächst offiziell darüber unterrichtet, daß der Ausschuss seine Schlichtungsbestrebungen für erfolglos und beendet erkläre und seinen Auftrag an den Völkerbund zurückgebe.

Der Bund erhält aber außerdem noch einen anderen Bericht vorgelegt, den jener Ausschuss schon ausgearbeitet hat und der von den Vertretern des Völkerbundesrates sowie sieben kleinerer Mitgliedsstaaten unterschrieben ist. Darin wird ein eigenes „Urteil“ des Bundes über den Streitfall und die eigenen „Lösungsvorschläge“ auseinandergesetzt. Daß wesentliche Änderungen daran vorgenommen werden, ist kaum noch wahrscheinlich.

Der wichtigste Teil dieses Urteils ist wohl die Feststellung, daß das japanische Vorgehen vor allem weder mit dem Völkerbund noch mit dem Kellogg-Pakt zu vereinbaren sei und daß der Marsch auf Dschehol noch eine Verstärkung des Angriffskarakters der japanischen Politik darstelle. Die Lösungsvorschläge gehen dahin, daß die japanischen Truppen wieder an die mandchurischen Bahnen zurückgezogen werden sollen, daß ferner Mandschukuo als Staat nicht anerkannt wird, dagegen unter der Oberhoheit Chinas eine weitgehende Autonomie erhält. Das ist klar und unzweideutig und der Angriff wird auch wirklich ein Angriff genannt. Allerdings unterliegt auch dieser Bericht erst noch der Beratung, aber in Genf ist man nun schon so weit gegangen, daß eine Umkehr kaum noch möglich erscheint.

Gewiß ist das Verfahren vor dem Völkerbund außerordentlich langwierig gewesen und in der großen Verlegenheit, die dem Bund durch das Vordringen Japans bereitet wurde, hat man sich in Genf überhaupt nicht gerade sehr beeilt, das Verfahren zu beschleunigen. Denn wenn der Völkerbund dem Bericht entsprechend beschließt, so ist Japan, namentlich im Sinne des Kellogg-Paktes, „geächtet“, - aber das ist auch alles, was praktisch der Völkerbund überhaupt zu tun vermag! Allzu viel ist das also gerade nicht! Eine Bundesresolution gegen Japan ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit.

Darin aber liegt gerade das Zielbewußte der Politik Japans, daß es in einem bedeutamen Augenblick, in dem sich der Völkerbund gegen die japanische Regierung und ihre Politik wendet, nicht bloß alles ablehnt, was man von ihr verlangt, sondern obenbreit noch mit der sofortigen Abreise ihrer Vertreter aus Genf zu drohen vermag. Der Angriff Japans setzte 1931 zu einer Zeit ein, als sein wichtigster europäischer Gegenspieler, England, in schwerster wirtschaftlicher Not war und die Entwertung des Pfundes den Erdball erschütterte. Ebenfalls hat man sich in Tokio durch Proteste oder papierne Drohungen Amerikas auch nur einen Moment beirren lassen. In London rechnet man heute auch gar nicht mehr damit, daß die Japaner sich mit der Provinz Dschehol begnügen und etwa an der großen chinesischen Mauer haltmachen werden. Sie setzen sich selbst das Ziel, bis zu dem sie vorrücken werden, und das vielleicht erst bei der Eroberung des Herzens Nordchinas gesteckt ist. England, Rußland, die Vereinigten Staaten haben heute derartige Sorgen, daß sie dem japanischen

Oesterreichs Antwort an Frankreich

Wien kapituliert nicht vor Paris.

Die Hirtenberg-Angelegenheit vor dem österreichischen Ministerrat.

In Wien fand ein außerordentlicher Ministerrat statt, der sich mit der Hirtenberger Waffenangelegenheit und der französisch-englischen Note beschäftigte. Bundeskanzler Dollfuß legte die Stellungnahme der Regierung dar und fand mit seinen Vorschlägen die einmütige Zustimmung des Ministerrates.

Vor dem Hauptausschuß des Parlaments wird der Bundeskanzler noch eingehend über die Hirtenberg-Angelegenheit Bericht erstatten. Wie aus Kreisen der Regierung verlautet, soll Dollfuß dem französischen und englischen Gesandten in Wien erklären, daß die Waffenreparatur in Hirtenberg eine österreichische Angelegenheit sei. Der betreffende Auftrag des italienischen Privatmannes verstoße nicht gegen die Vertragsbestimmungen von St. Germain. Die Reparatur der Waffen solle beschleunigt in Hirtenberg durchgeführt werden. Die übrigen Forderungen Frankreichs müsse man jedoch ablehnen.

Stimmungsumschwung in England.

England ist von seinem in der Note eingenommenen Standpunkt abgerückt. In Londoner amtlichen

Kreisen betont man: Angesichts der unangenehmen Weiterungen, die die englisch-französische Note zur Folge gehabt habe, sei es wahrnehmbar, daß die englische Diplomatie sich noch einmal auf die letzten verfolgten Methoden einlasse; man würde es vielmehr den Ländern, deren Interessen durch den Vorfall berührt seien, überlassen, die Angelegenheit vor den Völkerbundrat zu bringen, falls sie es wollen.

Prags riesige Waffenlieferungen an Südslawien

Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen eine Zusammenstellung über die Rüstungen der kleinen Entente, in erster Linie die französischen und tschechoslowakischen Lieferungen von Kriegsgerät und Munition an Südslawien und Rumänien, wobei eine sehr große Zahl von Waggons österreichisches Gebiet passiert hat.

Nach der Zusammenstellung haben in den Jahren von 1923 an ungefähr folgende Gesamttransporte stattgefunden: 900 Kanonen vom kleinsten bis zum größten Kaliber, darunter vier 30,5-Zentimeter-Mörser, 150 000 Gewehre, 100 000 Artilleriegeschosse aller Kaliber, mindestens 3000 Maschinengewehre, 105 Millionen Infanteriegeschosse, 100 000 Kilogramm Pulver, 300 Kilogramm verschiedene Explosivstoffe, insgesamt eine Last von ungefähr 2600 Waggons, hinreichend für die Bedürfnisse einer ganzen Armee.

Japans neue Offensive

Kampfbeginn um Dschehol.

Die Entscheidungsschlunde des Völkerbundes.

Wenige Stunden vor der Tagung der außerordentlichen Völkerverversammlung in Genf, die am Dienstagmittag zur abschließenden Behandlung des Fernostkonfliktes zusammentrat, teilte die japanische Regierung dem Völkerbund offiziell in einer Note mit, daß sie mit den militärischen Aktionen in der südmandchurischen Provinz Dschehol begonnen habe.

Zur Einleitung ihrer Offensive gegen die Truppen des chinesischen Marschalls Tschangshueiliang haben die Japaner bereits zahlreiche Bombengeschwader an der Dscheholfrente eingesetzt. Der Kommandant der neunten chinesischen Freiwilligenarmee meldete schwere Verluste durch die Bombenabwürfe. Im Bezirk von Tschaojiana, in der Nähe von Kintschan, und im Gebiet von Kailu sind erbitterte Kämpfe im Gange, stellenweise wurden die Japaner hart von den Chinesen bedrängt.

In der neuen japanischen Note

An den Völkerbund versucht Tokio, seine Kampfhandlungen mit dem Hinweis darauf zu rechtfertigen, daß durch den Aufmarsch der chinesischen regulären und irregulären Truppen, deren Gesamtstärke angeblich 478 000 Mann betragen soll, der Mandschukuo Staat „außerordentlich gefährdet“ sei: Japan sei auf Grund der Abmachungen verpflichtet, der Mandschukuo-Regierung „bei der Verteidigung ihrer Rechte“ gegen die äußere Gefahr beizustehen. Die japanischen und mandchurischen Truppen würden lediglich den Mandchukuo Staat „verteidigen“ und nur dann südlich über die große Mauer in die Gegend von Peking und Tientsin vorköhen, wenn sie die chinesische Truppenbewegung dazu zwingen sollte.

Vorgehen mit gebundenen Händen zusehen müssen. Und der Völkerbund ist machtlos. Moralische Erklärungen gegen Japan sind sinnlos. Ein Appell an die wirtschaftliche Vernunft in Tokio, im Fernen Osten die Flammen nicht noch höher auflodern zu lassen, ist hoffnungslos. Für den Völkerbund aber wird in diesen Tagen der Beweis erbracht, wo die Grenzen seines Einflusses gesteckt sind, - von seiner Macht gar nicht zu reden! Das ist eine Entscheidung, die für uns Europäer noch weit hinausgeht über das Kriegsfeuer im Fernen Osten. Es ist eine wirkliche „Feuerprobe“ für den Völkerbund. Er hat sie nicht bestanden.

Die Aufgaben künftiger Kulturpolitik.

Vizekanzler von Papen über den Kampf gegen den Marxismus.

Vizekanzler von Papen sprach in der Aula der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin vor der nationalen Studentenschaft. Er führte u. a. aus: An der Wende der Zeiten, in der wir leben, geht es nicht etwa um die Knebelung des Geistes, sondern um die Wiederherstellung seiner dienenden Stellung gegenüber dem gott-erfüllten Leben, von dem ihn die Wissenschaft zeitweise getrennt hatte. Alle wahren Revolutionen sind solche des Geistes gegen die Mechanik.

Deshalb ist nicht der Bolschewismus die wirkliche Revolution des 20. Jahrhunderts, der Bolschewismus, der vielmehr Sklavenaufstand und endgültige Mechanisierung des Lebens bedeutet. Die wahre Revolution des 20. Jahrhunderts, die überall in Europa angehoben hat, ist vielmehr die der heroischen und gottverbundenen Persönlichkeit gegen unlebendige Fesselung, gegen Unterdrückung des

„Widerstand mit allen Kräften!“

Der chinesische Marschall Tschangshueiliang erklärte in Peking: „Dschehol gehört zu China, und wird trotz aller japanischen Erklärungen zu China gehören.“ Die Zentralregierung in Nanjing habe ihm kategorisch anempfohlen, der japanischen Invasion mit allen Kräften Widerstand zu leisten. „Wir werden die Chinesische Mauer, das 2000jährige Erbe unserer Vorfahren, mit unseren Leibern schützen!“ - Der Chef der Provinzregierung von Dschehol erklärte, die Provinz sei jetzt militärisch genügend besetzt, um Widerstand zu leisten. Im Notfall würden sich die Chinesen aus der Provinz zurückziehen, sie aber vorher in eine Wüste verwandeln.

Die Völkerverversammlung

wurde am Dienstagmittag durch den belgischen Außenminister Hymans eröffnet. Hymans stellte ausdrücklich fest, daß die Versuche des Neunzehnerausschusses, zu einem Vergleich zwischen Japan und China zu gelangen, zum größten Bedauern als gescheitert angesehen werden müßten. Die Versicherung der japanischen Regierung, die Truppen an die südmandchurische Eisenbahn zurückzuziehen, sei von Japan nicht eingehalten worden. Die drei großen Ostprovinzen Chinas seien heute von japanischen Truppen besetzt. Neue militärische Operationen zur Befreiung der Provinz Dschehol seien im Gange. Hymans schloß mit dem Ersuchen an die Mächte, den großen Schlußbericht des Neunzehnerausschusses einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und am Freitag die allgemeine Aussprache über den Bericht zu beginnen.

göttlichen Funkens und des Schöpferischen im Menschen, gegen Mechanisierung und Kollektivierung. Aus dieser meiner Ausführung wird klar, was ich unter

Kampf gegen den Marxismus,

wie wir ihn führen wollen, verstanden haben will. Aber wenn wir diesen Kampf führen müssen, dürfen wir niemals die eigene Schuld der letzten Generation ver-gessen, die in der Überbürokratisierung des Staates, in der Verkapitalisierung unseres Besitzes und unseres Unternehmertums diesen kollektivistischen Irrweg weitgehend vorbereitet hat. Deshalb darf der Kampf nicht vom liberalen Standort ausgeführt werden, nicht für das anonyme unkontrollierbare Finanzkapital, nicht für den zufälligen Besitzstand von heute, sondern für die

Verwurzelung und Neuordnung des gesamten Volkstums.

Ziel einer wirklichen Sozialpolitik mußte sein, jeden Deutschen womöglich in den Stand zu setzen, das eigene Lebensrisiko zu tragen. Wo diese Lebenskraft fehlte, mußte sie entwickelt und unterstützt werden, wo kein Besitz mehr vorhanden war, mußte die Möglichkeit zu neuem Besitz eröffnet werden und dort, wo der einzelne zu schwach war, mußte das alte deutsche

Ideal der genossenschaftlichen Selbsthilfe

angestrebt werden. Wenn man bisher geglaubt hat, daß der Stimmzettel

ein Spiegelbild dessen sei, was ein Volk in seinem Inneren will, oder daß der Stimmzettel zum Ausdruck bringen

könne, was ihm von Gott und der Geschichte als Ziel gesetzt sei, so find wir der Ansicht, dem Wahn ein Ende zu machen, als ob ein Volk gleich sei der Summe seiner Parteien oder als ob sein Wille und sein Ziel durch eine Parteibürokratie verkörpert werden kann. Warum greift denn die Linke nicht, daß es noch eine andere Art von Demokratie gibt, als sie jene Anteihe darstellt, die in Weimar vom westlichen Staatsgedanken gemacht wurde. Die Zeit des Denkens in den Vorstellungen der französischen Revolution ist vorüber.

Die nationale Bewegung

hat die Macht ergriffen. Wir wissen, daß Macht erhalten schwerer ist als Macht erobert. Und die Führer der nationalen Bewegung sollten sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß Macht nur der hält, wer sie aus dem Geiste heraus handhabt. Niemand streitet den links von uns stehenden Parteien Vaterlandsliebe und Bejahung des Volkstums ab. Sie sollen dann aber auch beherzt mit allen pazifistischen und zerlegenden Strömungen brechen. Ist aber der Rationalisierungsprozeß zu einem gewissen Abschluß gelangt, dann erst ergibt sich die eigentliche Aufgabe der

geistigen deutschen Revolution,

vor der wir stehen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um unsere Volkswendung und um die Grundsteinlegung des neuen Reiches. Nicht nur ganz Europa, sondern insbesondere wir Deutschen stehen vor dem großen Problem, das Prinzip der Demokratie mit dem der Aristokratie zu versöhnen. Wir müssen uns wieder daran gewöhnen, zu Menschen aufzusehen, die etwas sind: Kraft, Geist und Charakter; die wahr und treu sein sollen.

Die Herren sind, weil sie dienen können, die nicht von sich reden, weil sie sicher in sich ruhen; die nicht manifestieren, sondern Würde ausstrahlen. Und wer, meine Herren, ist unter Ihnen, der bei diesen Worten nicht an den einzigen Mann denkt in Deutschland, der allen sichtbar diese Bedingungen erfüllt; an unseren verehrten Herrn Reichspräsidenten.

Die Mode einer Zeit und die mit ihr irrenden Massen bestehen oft vor dem Richterstuhl der Geschichte nicht. Andererseits ist eine wahre demokratische Grundlage nur möglich, wenn die Rückverwandlung der Masse im Volk in Angriff genommen und vollendet wird. Dies ist die große Aufgabe der geistigen deutschen Revolution, die Voraussetzung einer echten Lebensordnung, die den Klassenkampf ablösen muß.

Kurze politische Nachrichten.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern durch Verordnung bestimmt, daß anlässlich der Wahlen zum Deutschen Reichstag, zum Preussischen Landtag und zu den preussischen Gemeindevertretungen der Ausschank von Branntwein und der Kleinhandel mit Trintbranntwein am Sonnabend, den 4., und Sonntag, den 12. März 1933 bis zur Polizeistunde verboten ist.

Am 27. und 28. Februar findet die Überführung des Panzerschiffes „Deutschland“ von Kiel nach Wilhelmshaven und dabei die Abnahme des Schiffes durch die Reichsregierung statt.

Der Reichskommissar für den gewerblichen Mittelstand.

Die Beschlüsse der Reichskabinettsitzung.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich nochmals eingehend mit der Krankenscheingebühr in der Krankenversicherung. Es wurde einstimmig beschlossen, den Krankenschein vollständig zu beseitigen. Bei der Aufrechterhaltung der augenblicklichen Wirtschaft und Verwaltung der Krankenkassen kann nur eine Ermäßigung der Gebühr um 25 Pfennig eintreten. Um die völlige Beseitigung der Krankenscheingebühr zu erreichen, ist eine gründliche Reorganisation des gesamten Krankenkassenwesens notwendig, wobei insbesondere eine wesentliche Ermäßigung der Verwaltungskosten eintreten muß. Es soll aber auch das ganze Finanzwesen der Krankenkassen geprüft werden. Hierzu ist eine wesentliche Ausdehnung der Aufsicht über die Krankenversicherung notwendig. Das Reichskabinett wird hierfür alsbald die gesetzlich erforderlichen Voraussetzungen schaffen.

Ferner beschloß das Reichskabinett die Bereitstellung von 30 Millionen Mark für die Gewährung von Zuschüssen an mittelständische Kreditinstitute und die Weiterzahlung von Beihilfen für den Metallergbau.

Das Reichskabinett beschloß weiter die Einsetzung eines Reichskommissars für den gewerblichen Mittelstand beim Reichswirtschaftsministerium.

Zu der amtlichen Verlautbarung wird noch folgendes bekannt: Es war ursprünglich beantragt worden, insgesamt 38 Millionen für die Gewährung von Zuschüssen an mittelständische Kreditinstitute und an Konsumvereine zur Verfügung zu stellen. Die für die Konsumvereine beantragten 8 Millionen Mark sind gestrichen worden.

Das Reichskabinett wird dem Reichspräsidenten zum Reichskommissar für den gewerblichen Mittelstand beim Reichswirtschaftsministerium den Syndikus der Handelskammer in Hannover, Wienböck, vorschlagen.

Händler- und Handwerkerforderungen in der Osthilfe.

15 Millionen Mark zur Verminderung der Verluste.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskommissar für die Osthilfe hat wiederholt Anweisungen gegeben, daß die Forderungen der Handwerker und Kleingewerbetreibenden im Rahmen der einzelnen Entschuldigungsverfahren voll berücksichtigt werden.

Darüber hinaus hat sich der Reichskommissar für die Osthilfe jetzt bereit erklärt, zur weiteren Verminderung der Verluste der mit der östlichen Landwirtschaft verflochtenen, nicht genossenschaftlich organisierten gewerblichen Gläubiger, insbesondere der Händler und Handwerker, bei der Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im Osthilfegebiet den Betrag von 15 Millionen Mark — verteilt auf fünf Rechnungsjahre — zur Verfügung zu stellen. Es ist eine der Ablösung der Genossenschaftsforderungen durch das Reich ähnliche Regelung in Aussicht genommen.

Um die Herabsetzung der Krankenscheingebühr.

Neue Mittel für Hausreparaturen.

Die Reichsregierung ist am Dienstagmittag zur Beratung von Wirtschaftspräsidenten zusammengetreten. Als erster Punkt stand die Entscheidung über die Anträge auf Herabsetzung der Krankenscheingebühr auf der Tagesordnung. Reichsarbeitsminister Seidte hatte in dieser Frage einen Vermittlungsvorschlag eingebracht, nach dem die Herabsetzung der Krankenscheingebühr von 50 auf 25 Pfennig erfolgen soll. Außerdem sollen aber noch weitere Milderungen beschlossen werden, beispielsweise soll die Gebührenfreiheit für Krankenscheine, die bisher nur für Erwerbslose galt, auch auf deren Familienangehörige ausgedehnt werden. Die gesamten Änderungen werden in einer Rechtsverordnung zusammengefaßt werden, die dem Reichspräsidenten so rasch wie möglich unterbreitet werden soll.

Weiter war von der Reichsregierung die Beratung anderer wirtschaftspolitischer Fragen geplant, darunter Vorschläge zur Erhöhung der Mittel für Hausreparaturen. Die hierfür zur Verfügung stehenden Gelder sind so gut wie aufgebraucht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß mit der Bewilligung neuer Mittel auch eine Erweiterung der Bestimmungen geschaffen wird, unter denen die Gelder verwandt werden dürfen.

Christlicher Staat und konfessionelle Schule

Von Papen und von Rohr über kulturpolitische und wirtschaftspolitische Fragen.

Vizekanzler von Papen und der Staatssekretär des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, von Rohr, empfingen Vertreter des Westfälischen Bauernvereins und beantworteten eine Reihe von Fragen, die sich auf das kulturpolitische und wirtschaftspolitische Programm der Bauernvereine beziehen.

Auf die Frage, ob die Reichsregierung bereit sei, zu erklären, daß alles geschieht, daß die Freiheit der Religionsbekenntnisse unangefastet bleibt, der deutsche Staat wieder ein christlicher Staat wird und damit die konfessionelle Schule für immer gesichert bleibt, antwortete Vizekanzler von Papen, daß dieses Kulturprogramm überhaupt die Voraussetzung der Regierungstätigkeit sei und daß infolgedessen diese Fragen absolut positiv beantwortet werden müssen.

Auf die weitere Frage, ob in Zukunft unter voller Anerkennung des Berufsbeamtentums die Beamtenpositionen aller Verwaltungskategorien, soweit sie mit dem Bauernum irgendwie in Verbindung stehen, mit Kräften besetzt werden, die nicht mehr wesensfremd dem Bauernum gegenüberstehen, antwortete Vizekanzler von Papen, daß dieser Grundsatz in Zukunft wieder ausschlaggebend sein würde.

Auf die Frage, ob die derzeitige Wirtschaftspolitik das Endziel verfolgt, den Agrarindex dem Industrieindex anzupassen, antwortete u. a. Staatssekretär von Rohr:

Die Reichsregierung halte es für ihre besondere Pflicht, das Mißverhältnis zwischen den Produktionskosten und den Einnahmen der Landwirtschaft zu beseitigen. Die bisher getroffenen Agrarmaßnahmen der jetzigen Reichsregierung haben bereits zu einem leichten Anziehen der Preise für Vieh und Getreide geführt und beweisen damit, wie ernst es der Regierung mit der Erfüllung dieses bisher nicht durchgeführten Gesetzes vom März 1931 ist.



Der neue Leiter der Polizeibehörde.

Als Nachfolger des bisherigen Leiters der Polizeibehörde im preussischen Innenministerium, Klausener, ist Staatsanwalt a. D. Grauert unter Ernennung zum Ministerialdirektor bestellt worden.

Der Verteidiger von Graudenz.

Zur 200. Wiederkehr

des Geburtstages des Feldmarshalls Courbière.

Zu Maastricht in Holland wurde als Sohn eines holländischen Majors, der aus einer französischen Flüchtlingfamilie stammte, vor 200 Jahren, am 23. Februar 1733, der preussische Feldmarschall Courbière geboren. Im Jahre 1756 war der „französische Holländer“ in preussische Dienste getreten. 1759 erhielt er von Friedrich dem Großen ein Freibataillon, und dieses Freibataillon zeichnete sich unter dem Major Courbière in vielen Kämpfen so sehr aus, daß es der Königin nach dem Hubertusburger Frieden als einziges fortbestehen ließ. Courbière stieg dann immer höher im militärischen Range, führte im Kriege gegen das republikanische Frankreich die preussischen Gardien, nahm 1792 Verdun und wurde 1798 als General der Infanterie Gouverneur der Festung Graudenz. Diese Festung behauptete er 1807 tapfer, obwohl sie sechs Monate lang belagert wurde. Durch sein bewundernswertes Durchhalten erhielt er dem Könige Friedrich Wilhelm III. von Preußen beim Friedensschlusse fast ganz Westpreußen. Er wurde hierauf Feldmarschall und Generalgouverneur von Westpreußen, blieb jedoch in Graudenz und ist hier am 25. Juli 1811 gestorben. Die ehemalige Zitadelle von Graudenz, wo ihm ein Denkmal errichtet worden war, wurde 1893 nach ihm Feste Courbière genannt. Heute ist von dieser Feste, die an einen großen Soldaten erinnerte, kaum noch der Name übrig, denn Graudenz ist inzwischen leiblich polnischer Besitz geworden.

Um die englisch-französische Note.

Der Hauptausschuß des österreichischen Nationalrates zusammengetreten.

Der Hauptausschuß des Nationalrates ist am Dienstag erst gegen 20.30 Uhr zusammengetreten, da vorher noch ein Ministerrat stattgefunden, der sich sehr lange hinzog.

Wie man hört, hat der Ministerrat beschlossen, auf die englisch-französische Note überhaupt nicht zu antworten. Von großdeutscher Seite wird jedoch der Standpunkt vertreten, daß man, da die französische Regierung eine Antwort verlange, auch eine Antwort und zwar eine ablehnende, erteilen solle.

Am Nachmittag hatte der Bundeskanzler Unterredungen mit dem englischen und französischen Gesandten. Auch der italienische Gesandte soll später vom Bundeskanzler empfangen worden sein. Wie verlautet, haben die Mitteilungen, die der englische Gesandte dem Bundeskanzler machte, den Ausführungen des englischen Außenministers im Unterhaus in der Waffenangelegenheit entsprochen. Der französische Gesandte soll sich, wie es heißt, nicht der englischen Ansicht angeschlossen haben.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 22. Februar 1933.

—* Vergiftungen durch rohe Enteneier. In den letzten Monaten sind in mehreren Gegenden Preußens Lebensmittelvergiftungen beobachtet worden, die mit hinreichender Sicherheit auf Enteneier zurückgeführt werden konnten. Es ist auch gelungen, die Erreger der Lebensmittelvergiftungen — das enteritische Breslau und Gärtners — auf der Schale sowie im Innern von Enteneiern nachzuweisen. Es muß daher vor dem Genuß roher oder ungenügend gekochter Enteneier, auch als Zusatz zu Mayonnaise, Kartoffelsalat, rohem Hackfleisch u. dergl. gewarnt werden. Enteneier sollten nur in gut gekochtem Zustande genossen werden.

—* Sonntagstrübsahrtarten aus besonderen Anlässen. Zum Besuch der Kundgebungen der Zentrumspartei am 23. 2. 1933, sowie der Kampffront Schwarz-weiß-rot am 24. 2. 1933 in der Westfalenhalle in Dortmund werden von allen Stationen im Umkreis von 50 km um Dortmund Sonntagstrübsahrtarten mit einer Geltungsdauer von 12 Uhr des Ausgabetages bis 2 Uhr des nächstfolgenden Tages (Antritt der Rückfahrt) ausgegeben. Zum Besuch des Karnevalsbesuches in Attendorn am Dienstag, den 28. 2. 1933 können von allen Bahnhöfen der Strecken von Almena bis Altenhundem und Fimmetrop bis Gerlingen Sonntagstrübsahrtarten mit eintägiger Geltungsdauer von 0—24 Uhr (Antritt der Rückreise) ausgegeben werden.

Halber

—* Auf eine 25jährige Tätigkeit in den Diensten der Firma Wilhelm Lüsebrink hierseits kann am heutigen Mittwoch Herr Wilhelm Boß zurückblicken. Aus diesem Anlaß hatten seine Arbeitskollegen seine Wirkungsstätte sinnreich geschmückt. Die Arbeitgeberin ehrte den Jubilar durch eine Ansprache und übergab ihm als besondere Anerkennung ein Geschenk in Form eines Sparkassenbuches. Auch wir beglückwünschten den Jubilar zu seinem Ehrentage und hoffen und wünschen, daß das gute Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch in Zukunft bestehen bleiben möge.

—*! Gestern hielt der hiesige Verkehrsverein im Hotel „Haus zur Fuhr“ seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab. Von dem Vorsitzenden Dr. Kauer wurde die Versammlung gegen 9½ Uhr mit Begrüßungsworten eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Geschäftsführer R. Filling die Protokolle der früheren Versammlungen. Beantragungen gegen Form und Fassung der Protokolle ergaben sich nicht. Den Jahresbericht erstattete der Geschäftsführer. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahre stattgefunden haben 3 Vorstandssitzungen und eine Mitgliederversammlung. Die Tätigkeit des Vereins hat sich mit Rücksicht auf die beschränkten Mittel nicht so entfalten können, wie dies wünschenswert und für den Verkehrsverein notwendig ist. Der Versuch, in auswärtigen Zeitungen im lokalen Teile geeignete Artikel über Halber unterzubringen, ist gescheitert, da diese Zeitungen Artikel nur dann aufnehmen wollen, wenn gleichzeitig damit auch ein entsprechendes Inserat aufgegeben wird. Der Verkehrsverein hat dann später in der rheinisch-westfälischen Zeitung 4 mal inseriert. Aus Anlaß der Ausstellung des landwirtschaftlichen Kreisvereins und des an dem folgenden Sonntag wiederholten historischen Festzuges hat der Verkehrsverein Sonderzüge und Sonderwagen der Kraftverkehrs-Gesellschaft „Mark-Sauerland“ und „Wupper-Sieg“ beantragt und daneben einer Reihe von Nachbar-Verkehrsvereinen Mitteilung über die beabsichtigte Veranstaltung mit der Bitte um geeignete weitere Verbreitung gemacht. Ein Antrag an den Gemeindevorstand wegen Beseitigung erheblicher Mängel an verschiedenen Straßen des Ortes hat keinen Erfolg gehabt. Auf das Ergebnis der mit der Gemeinde gepflogenen Verhandlungen ist bereits früher hingewiesen. Es sind Anträge an die Mittelstands-Vereinigung und die Bäderkommission auf finanzielle Unterstützung des Verkehrsvereins gestellt. Eine Verkehrsstafel, die gleichzeitig als Reklametafel ausgestaltet ist, hat Aufstellung an der Frankfurterstraße in Halber gefunden. Bemerkenswert aus der Tätigkeit des Vereins ist der Anschluß an die Werbegemeinschaft Ebbegebiet-Volmetal. Die von dieser Gemeinschaft veranstalteten Besprechungen in Brügge und Meinerzhagen wurden von dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer besucht. Die Werbegemeinschaft verfolgt den Zweck für einen größeren Gebietsabschnitt gemeinsam zu werben und dadurch für die Beteiligten die Werbetätigkeit zu verbilligen. An Anfragen, die sich auf Halber als Werbemerkmal bezog, Winterportplatz bezogen, wurden 60 beantwortet. Es kamen bisher 4568 Werbeschriften zum Versand. Inwiefern diese Werbung von Erfolg gewesen ist, hat sich nicht feststellen lassen, weil bedauerlicherweise daraufhin abgestellte Anfragen an die Wirte und Privatpersonen nur teilweise beantwortet wurden. Der Mitgliedsbestand hat sich von 33 am Beginn des Geschäftsjahres auf 52 erhöht. Den Kassenbericht erstattete Kassierer Menke. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Ausgaben des Jahres 1932 die Einnahmen überstiegen haben, so daß 3.3t. ein geringer Fehlbetrag vorhanden ist. Die zu Kassenprüfern gewählten Mitglieder Kind und Laumer hatten die Kasse geprüft, für in Ordnung befunden und Entlastung beantragt. Die Entlastung wurde dem Kassierer unter Worten des Dankes für seine Tätigkeit erteilt. An den Kassenbericht schloß sich eine lebhafte Aussprache über die Art der Beitragsentrichtung an. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des auscheidenden Vorsitzenden Dr. Kauer, des Kassierers Karl Menke und der Beisitzer Hans Fastenrath und Christian Wetke. Unter Punkt Verschiedenes kam u. a. zur Sprache, daß der Verkehrsverein beachtliche, zu Pfingsten jeden Jahres ein Fahr- und Reitturnier in Halber zu veranstalten. Es wurde angeregt, im Interesse eines stärkeren Fremdenzustroms im Verein mit dem Reitverein werbend für diese Sache zu wirken. Die Gemeindevertretung soll gebeten werden, auch für 1933 einen Betrag für Werbezwecke bzw. zur Unterstützung des Vereins in den Haushaltsplan einzustellen.

Acht Reichswahlvorschläge.

Bei der letzten Wahl waren es 18.

Unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, Professor Dr. Wagemann, hat heute der Reichswahlaußschuß über die Zulassung der Reichswahlvorschläge entschieden. Von den neun eingereichten Vorschlägen hat er folgende acht zugelassen: NSDAP., SPD., KPD., Zentrum, „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, Bayerische Volkspartei, Deutsche Volkspartei usw., Württ. Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund).

Nicht zugelassen wurde der Reichswahlvorschlag der Sozialistischen Kampfgemeinschaft, einer linksmarxistischen Splittiergruppe, die zwar im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau die nötigen 60 000 Unterschriften für einen eigenen Reichswahlvorschlag gesammelt hat, der aber für die Reichsliste von den 20 notwendigen Unterschriften bei Ablauf der gesetzlichen Frist 16 fehlten. Der Vertrauensmann dieser Sozialistischen Kampfgemeinschaft mußte selbst in der Sitzung zugeben, daß er die Unterschriften nicht rechtzeitig habe beschaffen können. Die Ablehnung wurde gegen die Stimme des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler beschlossen.

Zur letzten Reichstagswahl waren noch 18 Reichswahlvorschläge zugelassen worden.

Sieben Landeswahlvorschläge.

In der Sitzung des Wahlausschusses für das Land Preußen wurden folgende sieben Landeswahlvorschläge für die Preußenwahl am 5. März zugelassen: NSDAP., SPD., KPD., Zentrum, „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, Deutsche Volkspartei usw., Nationale Minderheiten.

Die Wahlvorschläge der Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern und der Sozialistischen Kampfgemeinschaft wurden abgelehnt, weil die Voraussetzungen bei der Einreichung bzw. den Unterschriften nicht erfüllt waren. Die Sozialdemokraten ließen in der Sitzung erklären, sie wollten sich zwar an den technischen Arbeiten des Ausschusses beteiligen, säßen aber im übrigen der Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Gültigkeit der Wahl entgegen.

Ausgabe eines gemeinsamen Stimmzettel.

Das preußische Innenministerium hat eine Kannvorschrift herausgebracht, nach der es möglich ist, zum Reichstag und zum Preußischen Landtag auf einem Stimmzettel zu wählen. In dem Erlaß heißt es: „Im Hinblick auf die gleichen Wahltermine werden die Gemeinden ermächtigt, an Stelle von zwei getrennten einen gemeinsamen Stimmzettel auszugeben. Von dieser Ermächtigung wird, wie dem Reichsinnenministerium mitgeteilt wird, in zahlreichen Gemeinden, namentlich in größeren, Gebrauch gemacht werden.“

Aus dem Wahlkampf.

Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

Ein Aufruf der Führer.

Die Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot veröffentlichen folgenden Aufruf: „An das deutsche Volk!“

Die Regierung der nationalen Erhebung ruft das deutsche Volk am 5. März zur Wahl auf, daß es die Bahn freimache für die rettende Tat. Diese Regierung ist kein Parteiement, sondern der im Angesicht Hindenburgs feierlich beschworene Bund aller nationalen Kräfte.

Wir Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot haben von jeher für das fruchtbare Zusammenwirken aller Deutschen und gegen den Herrschaftsanspruch selbstjüchtigen Parteigeistes gekämpft.

Auch in diesem Wahlgang ringen wir nicht um die Ausdehnung der eigenen Macht innerhalb der Regierung, sondern allein um die Vertiefung und Befestigung der nationalen Einheit. Wir sind aber entschlossen, diese mühsam errungene Einheit gegen jeden erneuten Angriff des Parteigeistes bis zum äußersten zu verteidigen.

Aus der Jugendzeit . . .

Ansprache bei einer Reichsgründungsfeier am Gersdorferberg.

Gehalten im Januar 1931 in einem Kreise von Heimatfreunden.

von Fritz Halverscheid.

Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit, Klingt ein Lied mir immerdar. . .

Es ist das Lied vom werdenden Deutschland, von Sehnsucht und Erfüllung, von Kampf und Sieg, von Kriegen, 3 Siegen, wie es kurz und bündig auf dem Denkmal am Nirgenda heißt.

Man kann von jener Zeit, die im 18. Jan. 1871 gipfelt, in hohen Tönen reden, an der Hand glänzend geschriebener Bücher, in denen eine zusammenfassende Rückschau Bewegung, Ziel, Erfüllung der geschichtlichen Entwicklung vor Augen stellt. Ich möchte das nicht tun, sondern nur ganz einfach erzählen, wie sich geschichtliche Ereignisse widerspiegeln und ihr Echo finden im kleinen Leben, auch im entfernten, stillen Erdwinkel.

Bald ist die Zeit vorüber, wo schon damals Lebende — also wirkliche Zeitgenossen — mitreden können. Daher werden auch geringfügige Erinnerungen an persönliches Erleben manchem willkommen sein und besonders von Heimatfreunden begrüßt werden, die Land und Leute gern im Spiegel der Geschichte sehen.

Meine Erinnerungen gehen zurück bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Wie war es damals politisch in unserem engeren Vaterlande? Wilhelm I. war seinem Bruder Friedrich Wilhelm IV. gefolgt, der Thronwechsel hatte einen neuen nationalen Aufschwung mit sich gebracht, der sich u. a. in hiesiger Gegend in der Gründung von Krieger-, Landwehr- und Turnvereinen kundgab. Dem alternden aber noch gesunden, klardenkenden Könige stand der willensstarke, wagemutige Bismarck zur Seite. Die Abhängigkeit Preußens von Oesterreich, die unter Friedrich Wilhelm IV. bestanden hatte, hörte auf. Man trieb in Preußen deutsche Politik auf eigene Faust, aus eigenem Antrieb, zunächst 1863-64 mit Oesterreich gegen Dänemark, dann gegen Oesterreich, das im Jahre 1866 endgültig aus seiner Rolle als Führer zu einem neuen Deutschland auswich. Ueberall ahnte man jetzt Preußens Bestimmung. Man wußte vor allem im eigenen Lande, was Preußen für Deutschland geleistet hatte, daß es seit langem Deutschlands Schwert gewesen war. So war es unter Friedrich dem Großen und zur Zeit der Freiheitskriege gewesen. Friedrich der Große war noch in lebendiger Erinnerung, und die Befreiungskriege redeten noch zu allem

Denn das deutsche Volk will Führer, denen das Vaterland über der Partei steht.

Es fordert Männer, die sich in Demut beugen vor der Größe der Verantwortung, die sie vor Gott und dem Vaterland tragen. Leuchtendes Vorbild solchen selbstlosen Dienstes an der Gesamtheit ist uns allen der Generalfeldmarschall v. Hindenburg. In seinem Namen und in seinem Sinne führen wir den Wahlkampf auf daß sein Wort wahr werde: „Ich will von Parteien nichts wissen. Das ganze Deutschland soll es sein.“ Deutsches Volk, entscheide Dich. Du willst keinen Rückfall in Parteiherrschaft, sondern Bewahrung und Vertiefung der endlich errungenen nationalen Einigung. Folge uns unter Schwarz-Weiß-Rot mit Hindenburg für ein neues Deutschland.

Generalfeldmarschall von Mackensen, von Papen, Hugenberg, Franz Seldte.“

Dr. Goebbels spricht in Berlin.

Auf einer NSDAP.-Kundgebung in Berlin-Wilmersdorf sprach Dr. Goebbels. In seiner Rede betonte er u. a.: Der Kabinettswechsel vom 30. Januar ist in keiner Form zu vergleichen mit den so zahlreichen Kabinettsstürzen der Vergangenheit. Die Entscheidung, Hitler die Macht zu geben, ist eine endgültige, die nicht wieder aufgehoben werden kann. Es handelte sich nicht nur darum, daß Männer gingen und kamen, sondern mit denen, die gingen, fiel ein altes System, und mit denen, die kamen, stieg ein neues auf. Man fragt uns nach unserem Programm und behauptet, wir hätten feines. Es soll uns niemand für so blechpöppig halten, daß wir nicht auch solche billigen Versprechungen abgeben könnten, wie die früheren Regierungen das so prompt immer getan haben. Wir versprechen, zu arbeiten und jedes Hindernis auf diesem Wege radikal zu beseitigen. Die Reichsregierung bringt nicht jenes Maß von Unehrlichkeit auf, nur zu versprechen, um Stimmen zu fangen. Deshalb legen wir unseren Aufbau auf weite Sicht an und sind der Meinung: Die, die wir jetzt nicht durch Worte überzeugen, werden wir in den kommenden Jahren durch Taten überzeugen.

Brüning spricht in Kaiserslautern.

In Kaiserslautern sprach Dr. Brüning in zwei Wahlkundgebungen der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums. Die Bayerische Volkspartei und das Zentrum, so betonte er, würden die starke Mitte bilden, die geeignet sei, die Zukunft unseres Vaterlandes durch eine sachliche und verantwortungsvolle Politik zu sichern. In einem stammesgemäß gegliederten Deutschland liege die größte Sicherheit für die deutsche Einheit, die eigentliche Gefahr für die deutsche Einheit. Wenn die Reichsregierung in ihrem Aufruf von einem Trümmerhaufen geredet habe, so müsse er daran erinnern, daß er selbst mit zwei Mitgliefern und auch mit dem Chef der jetzigen Regierung über seine Pläne betreffs Streichung der Reparationen, Abrüstung usw. schon im September 1930 gesprochen und sie gebeten habe, seine Politik zu unterstützen. Er habe Deutschland fürchterliche Opfer auferlegt, nur um finanziell und wirtschaftlich gerettet zu sein für den Kampf nach außen. Deutschland habe bei Ausbruch des Krieges einen gewaltigen Goldschatz gehabt, der nach Kriegsende fast auf ein Nichts zusammengeschnitten gewesen sei, neben einer Notensteigerung auf 22 Milliarden und einer Schuldensteigerung von rund 4 Milliarden auf über 100 Milliarden. Der Trümmerhaufen sei also nicht von den Nachkriegsregierungen geschaffen worden.

Reichskanzler a. D. Wirth in Münster.

Eine tumultuariöse Versammlung.

In Münster fand am Dienstagabend eine Kundgebung der Zentrumspartei statt, die von etwa 5000 Personen besucht war. Die Kundgebung konnte jedoch nur mit Mühe zu Ende geführt werden. Als gegen 20.30 Uhr der beurlaubte Oberpräsident Gronowski in Begleitung des Redner Dr. Wirth erschien, mischten sich sofort in die Beifallsrufe laute Rufe: „Deutschland erwache!“. Die Polizei beschränkte sich zunächst darauf, einzelne Ruhe-

störer aus der Halle zu entfernen. Als jedoch das Loben immer härter wurde, und man bei den Schlägereien auch dazu überging, sich der Stühle zu bedienen, wurde von der Polizei die Galerie der Halle geräumt. Erst mit einer halbtündigen Verspätung konnte dann die Versammlung beginnen.

Dr. Wirth, der an und für sich heiser war, war nur schwer verständlich und seine Rede klang aus in der Mahnung, angesichts der außenpolitischen Lage den inneren Hader um 50 Jahre zurückzustellen.

Zentrumsversammlung in Krefeld gesprengt.

Stegerwald niedergeschlagen und verletzt.

Am Dienstagabend wurde in Krefeld eine Wahlkundgebung der Zentrumspartei, auf der Minister a. D. Stegerwald sprach, von politischen Gegnern gesprengt, nachdem Stegerwald etwa 20 Minuten gesprochen hatte. Stegerwald wurde niedergeschlagen und verletzt. Verschiedene Geistliche, die die Angreifer beruhigen wollten, wurden ebenfalls tätlich angegriffen. Die Versammlung wurde sofort polizeilich aufgelöst.

Politische Zusammenstöße

in Kaiserslautern.

Vier Schwerverletzte, mehrere Leichtverletzte.

In Kaiserslautern kam es nach Schluß einer Zentrumskundgebung, auf der u. a. der frühere Reichskanzler Dr. Brüning gesprochen hatte, während des Fackelzuges, der sich anschloß, zu Schlägereien zwischen Zugsteilnehmern und politischen Gegnern, wobei, nach dem Polizeibericht, von bisher unbekannter Seite eine Anzahl Schüsse fiel. Vier Mitglieder der Pfalzwehr, die zu den Zugsteilnehmern gehörten, wurden schwer verletzt, mehrere andere Personen trugen leichtere Verletzungen davon. Drei der Verletzten Pfalzwehrmitglieder mußten sofort operiert werden. Die auswärtig wohnhaften Versammlungsteilnehmer, die im Omnibus heimkehrten, wurden von der Polizei mit Autos bis über die Stadtgrenze hinaus begleitet.

Weitere Zusammenstöße.

In Hamburg kam es, wie die Polizeipressestelle meldet, anläßlich eines Massenaufmarsches der Eisernen Front zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und einigen Nationalsozialisten. Vor einem Verteilungstisch der NSDAP. entwickelte sich dann eine Schlägerei, in deren Verlauf Schüsse fielen. Drei Spiegel-scheiben des Lokals wurden zerrümmert. Zwei Reichsbannerleute wurden durch Schüsse verletzt.

In Gleiwiß stießen nach polizeilichen Mitteilungen Nationalsozialisten und Reichsbannerleute zusammen. Ein Erwerbsloser, der einen Lungenstich erhalten hatte, wurde ins Krankenhaus gebracht.

Das Handwerk zur Arbeitsbeschaffung.

Wünsche und Befürchtungen.

Nach § 5 Ziffer 4 der Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung vom 6. Januar 1933 ist die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer der Ausführung in eigener Regie grundsätzlich vorzuziehen. Nach Ziffer 8 wird gefordert, daß bei Ausführung der Arbeiten in weitem Umfang Arbeitslose eingestellt werden müssen. Insbesondere sollen langfristige Erwerbslose berücksichtigt werden, vor allem kinderreiche Familienernährer. Die letztere Vorschrift, nach der die Auswahl der zu beschäftigenden Arbeiter nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen soll, läßt im Zusammenhang mit der Forderung, den Gewinn des Unternehmers auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken, die Befürchtung des Handwerks laut werden, daß öffentliche Körperschaften die Ausführung der in Frage kommenden Arbeiten in eigener Regie übernehmen. Zur Verbilligung der Arbeitsausführung erscheine es aber unerlässlich, daß den Unternehmern die Möglichkeit unbenommen bleibt, sich zur Durchführung der Aufträge die erforderliche Zahl von aequierten und aequierten Arbeitern zu beschaffen.

Volk durch lebendige Zeugen, durch die Veteranen von 1813-15, die man verehrt, wie es Helden gebührt.

Auch in meinem Elternhause war es so. Mein Großvater war zweimal mit in Paris eingezogen. Von ihm erzählte ich schon als ganz kleiner Junge von den „tawferen“ Franzosen, von dem großen Napoleon, vor allem aber von dem Marschall Vorwärts, dem heldenhaften Blücher, der dann doch den Weltzerstörer mit seinen Heeresmassen niedergeschmettert und das Land Friedrichs des Großen befreit hatte.

Diese Kriegserlebnisse — in jungen Jahren — unter Blücher, erfüllten den Mann und Greis derart, daß er an dem politischen Leben im Frieden kaum Anteil nahm. Das überließ er seinem Sohn, meinem Vater, der ein umso schärferer Politiker wurde. Mein Vater war durch die gute Schule der Aufklärungszeit und des Rationalismus gegangen, von weltbürgerlichen Ideen nicht ganz unberührt geblieben und immer gerüstet und bereit, auch über staatsbürgerliche und menschliche Fragen nachzudenken, zu reden und zu streiten.

In erster Linie war er politisch eingestellt. Im Jahre 1848 hatte er innerlich auf der Seite der Revolution gestanden, in der er nie etwas anderes als eine auf ein freies und einiges Deutschland gerichtete Bewegung gesehen hat. Soziale Fragen, die auch damals schon in der revolutionären Masse eine treibende Kraft bildeten, standen für ihn nicht — trotz eigener wirtschaftlicher Not und Bedrängnis. Wohlergehen, Fortschritt, ja alles Lebensglück erwartete er von Vernunft, Wissen, Selbstbestimmung, von dem freien Bürger im freien Staate, wie es eben die unverfälschte Demokratie von 1848 und später überhaupt getan hat. Um einen Idealismus handelte es sich, dessen leuchtender Stern das Bild eines einigen Reiches war.

In enger und doch geschichtlich bewegter Umwelt erlebte ich meine erste Jugendzeit, traumhaft, aber nicht ohne bleibende Eindrücke. Schon von dem Kriege von 1864 erzählte ich etwas. Ein junger Mann, K. H., der bei uns in der Landwirtschaft mithalf, wurde eingezogen, mußte in den Krieg, in jenes böse, große, für mich unfassbare Ungewitter, wovon der Großvater immer erzählt hatte. Karl, wie wir ihn nannten, hatte als Trainfolat gedient und wurde als solcher einberufen, weshalb mein Vater ihm den tröstlichen, vielleicht auch etwas spöttischen gemeinten Zuspruch mit auf den Weg gab, für ihn sei die Sache weniger gefährlich, er brauche keine Angst zu haben, er könne ja immer so langsam hinterdrein fahren. Als der junge Mann nach Feldzug und Fahrt zurückkam, wußte er doch viel

davon zu erzählen, wie schwer auch er es gehabt habe. Besonders blieb ihm immer der Uebergang über die Schlei unter Führung des Prinzen Friedrich Karl unergötzlich! Sehr anschaulich wußte er zu erzählen, wie der Atem der schneubenden Pferde sich in der eisigen Luft als weißer Nebel niedergeschlagen oder in Eiskristallen an Wägen, Krüll und Maul abgesetzt habe. Ihm selbst seien die Hände steif und die Ohren fast vom Kopf abgefallen.

Der Uebergang über die Schlei fand Anfang Februar 1864 statt. Es folgte bekanntlich ein rascher, glänzender Siegeslauf über die Düppeler Schanzen (18. April) nach der Insel Alsen (29. Juni) bis zum Wiener Frieden (30. Oktober 1866).

„Mit schmetternden Fanfaren, mit wirbelnden Trommelschlag“

Schick Gott dem greisen König den jungen Siegestag.“

Für den Krieg von 1866 fehlt in meiner Erinnerung die lebendige Quelle. Ehe der junge Trainfolat wieder nötig war, war der Krieg zu Ende. Es war ja der Krieg, in dem „Preussia mit beschwingter Sohle in 7 Tagen Friedrich 7 Jahre durchzog“. Eins aber habe ich aus jener Zeit behalten, nämlich, daß bei Beginn der Auseinandersetzungen mit Oesterreich ungeheuerlich auf Bismarck geschimpft wurde, der über das arme Oesterreich herfiel, den deutschen Frieden führe, einen Bruderkrieg entfachte, den Weg zur deutschen Einheit versperrte und noch alles in Grund und Boden regieren werde. Mit meinem Vater um die Wette fluchte ein Mann aus dem Nachbarhause, Christian mit Vornamen, kurz Christ genannt. Er war aus einer anderen Gegend zugezogen, sprach eine andere Mundart als wir und erschien mir — wie einst den Griechen jeder andersprechende Fremdling — als ein Barbar. Daher mag es gekommen sein, daß ich mich, wie mir meine Mutter später erzählte, eines Tages vor meinen Vater hinsetzte und kurzerhand erklärte: Den Bismarck sollte doch einmal einer totschießen. Das könnte wohl Christ tun.“ Ich weiß nicht, ob dieser Attentatsgedanke vor oder nach dem bekannten Attentat auf Bismarck, das am 7. Mai 1866 unter den Linden in Berlin stattfand, in dem Kopf eines unmündigen Kindes aufgetaucht ist. Immerhin kann das Geschehen auch heute noch nachdenklich stimmen. Einmal ist es ein deutsches Zeichen für die Stimmung gewisser Kreise in jenen Tagen. Zum anderen kann es für Eltern und Erzieher ein Hinweis darauf sein, wie leicht unbefonnene und ungezügelter Jugend beeinflusst, verhetzt, zu gefährlicher Schwärmerei entflammt werden kann.

(Fortsetzung folgt.)

ein Debet von einer Million aufweise. Mit einer an Wahrscheinlichkeit grenzenden Sicherheit könne gesagt werden, daß die Kotters kurz vor ihrer Flucht noch erhebliche Beträge von ihren Konten abgehoben hätten. Diese Beträge seien auf den Namen von Frau Kotters nach ausländischen Banken überwiesen worden. Eine Zugriffsmöglichkeit bestehe hier für den Kontroversverwalter nicht. Höchstens dieser oder jener Gläubiger könne versuchen, durch eine Klage im Auslande zu seinem Recht zu kommen.

Wieder Erdstöße in Süddeutschland.

In Württemberg und Baden wurden am Dienstag nachmittag wiederum Erdstöße verspürt. So meldeten Stuttgart und Hechingen je einen sehr starken Erdstoß, deren Richtung von Süden nach Norden ging. Zur gleichen Zeit, gegen 16.45, wurde auch aus Karlsruhe berichtet, daß dort die Erdschütterungen sehr stark waren. In Pforzheim wurde das Beben besonders in den höhergelegenen Stadtteilen wahrgenommen. In Rastatt wurde nichts von den Erdstößen bemerkt. Schaden wurde nirgends verursacht.

Schwere Explosionskatastrophe in Shanghai.

In einer Gummifabrik in Shanghai ereigneten sich zwei schwere Explosionen. Die Zahl der Todesopfer wird auf rund 200 geschätzt. Bisher wurden 80 Leichen geborgen. 70 Menschen sind mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht worden und über 100 werden noch vermisst. Die Explosionen ereigneten sich in zwei Gasolin-Bullastentankern in der Fabrik. Durch die erste Explosion wurde ein zweistöckiges Gebäude zerstört. Alle Personen, die in diesem Gebäude arbeiteten, wurden entweder getötet oder schwer verletzt. Teile von Maschinen, Steine und Eisenstücke flogen durch die Luft. Kurz danach brach ein Großfeuer aus. Einige Sekunden später ereignete sich eine zweite Explosion. Dadurch wurden das Dach und die Mauern eines Boiler-Raumes in die Luft gesprengt. 160 Mädchen, die dort arbeiteten, wurden in ein Feuer geschleudert, das im Stadtwert darunter wütete.

Bisher 150 Tote beim Shanghai-Explosionsunglück. Shanghai. Zu dem Explosionsunglück in der Shanghai-Gummifabrik wird ergänzend gemeldet, daß bisher 150 Todesopfer zu verzeichnen sind. Weitere 200 Arbeiter sind teils schwer, teils leichter verletzt.

Schlußdienst.

Baden lehnt ein Verbot des Badischen Beobachters ab. Karlsruhe. Reichsinnenminister Dr. Frick hat an das badische Innenministerium die Forderung gerichtet, den Badischen Beobachter (Zentrum) wegen seiner Kritik an der Rundfunkrede des Reichsstaatskanzlers Stiller in Stuttgart auf die Dauer von acht Tagen zu verbieten. Die badische Behörde lehnte die Ausführung dieses Verbots ab und rief die Entscheidung des zuständigen Senats des Reichsgerichts in Leipzig an. Seine frühere Braut erschossen.

Glabach. Vor einigen Wochen hatte die 22jährige Hausangestellte Weger auf Anraten ihrer Mutter das Verhältnis zu ihrem Bräutigam, dem 28jährigen Emil Janen, gelöst. Der junge Mann stellte nun seit dieser Zeit dem Mädchen ständig nach und wollte es mit Gewalt dazu bringen, wieder mit ihm zusammenzugehen. In der Nacht schlief sich Janen in das Haus des Mädchens ein und drang mit vorgehaltenem Revolver in das Schlafzimmer von Mutter und Tochter vor. Entsetzt flüchteten die beiden Frauen in das Treppenhaus, verfolgt von dem gefährlichen Verrückten, der hier mehrere Schüsse auf das Mädchen abgab, das von mehreren Kugeln getroffen, zusammenbrach. Sie starb bald darauf. Der Täter wurde verhaftet.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Börsen

Berliner Börse stabil.

Berlin, 21. Februar.

Die Spekulation schritt auf dem in den letzten Tagen erhöhten Kursniveau zu Gewinnmitnahmen, die die Tendenz anfangs nur unwesentlich beeinträchtigten. Die ersten Kurse waren zwar überwiegend niedriger, doch gingen die Abschwächungen kaum bis zu ein Prozent. Diese stabile Haltung des Berliner Platzes angesichts der matten Verleitung aller internationalen Börsen ist immerhin bemerkenswert. Internationale Werte konnten sich dem Einfluß der matten Auslandsbörsen nicht entziehen. Schade fehlte ihre Abwärtsbewegung um 6/8 Punkte fort. Auch stunkstseidenwerte waren auf die schwachen Amtszimmer-Meldungen fast bis zu zwei Prozent niedriger. Maschinenwerte bröckelten im Zusammenhang mit dem Bericht der Maschinenindustrie. In dem eine leichte Abnahme der Befestigung festgestellt wird, überwiegend ab. Vaguen waren Montanwerte auf das Zustandekommen des Stahlkartells leicht befeuert. Elektrizitätswerte wurden — angeblich im Zusammenhang mit einem Paketverkauf — 3/4 Prozent höher bezahlt.

Amtliche Berliner Produktennotierungen vom 21. Februar.

Weizen, märkischer, Durchschnitt (76 Kilogramm) 196—198, Sommerweizen (80—81 Kilogramm) 199—201, Weizen (77—78 Kilogramm) 197—199; feiner, Roggen, märkischer, Durchschnitt (71—72 Kilogramm) 153—155; rubig, Gerste, Braugerste 168—177, Futterinduriergerste 160—167; rubig, Hafer, märkischer, Durchschnittsqualität 121—124; rubig, Weizenmehl 23,25—26,6; behauptet. Roggenmehl 20,4—22,4; behauptet. Weizenkleie 8,45—8,65; behauptet. Roggenkleie 8,7—9; behauptet. Viktoriaerbsen 20—23, kleine Speiseerbsen 19,5—21, Futtererbsen 12—14. Peluschnen 12—13,5, Wickenbohnen 12—14,5, Wicken 13,5—15,5, Lupinen, blaue della, neue 17—23, Leinöl 10,6, Erdnußöl 10,5, Erdnußkuchenmehl 10,7, Trockenkorn 8,6, Extr. Sojabohnenschrot 9,4, Extr. Sojabohnenschrot 10,3.

Amtliche Terminprodukten vom 21. Februar.

Weizen: März 210,5—211, Mai 212,5—212,75. Roggen: März 168,5—168, Mai 170,25—170. Hafer: März 130, Mai 133—133,5.

Berliner Metallnotierungen vom 21. Februar.

Die Preise verstehen sich in Reichsmark für 100 Kilogramm bei Silber für 1 Kilogramm. Elektrolytkupfer 46,75, Originalbitteraluminium in Blöden, Walz- oder Drahtbarren 98,99 Prozent 160, Originalbitteraluminium 99 Prozent in Walz- oder Drahtbarren 164, Reinnickel 98,99 Prozent 350, Antimon Regulus 37,39, Feinsilber (1 Kilogramm fein) 36,25—38,75.

Kölner Börse leicht abgeschwächt.

Köln, 21. Februar.

Infolge der anhaltenden Geschäftsstille war die Kölner Börse überwiegend leicht abgeschwächt. Montanwerte ein Prozent niedriger. Rhein. Braunkohlen verloren dreiviertel Prozent. Farben gewannen ein Prozent. Am Elektromarkt gingen Siemens um eineinhalb Schuderer um ein und Felsen um einhalb Prozent zurück. Bemerkenswert fest war der Kalkalienmarkt. Der Renten- und Pfandbriefmarkt lag schwach bei kleinerem Angebot und etwa einhalb Prozent niedrigeren Kursen.

Kölner Effektennotierungen vom 21. Februar.

(*) = kein Angebot keine Nachfrage. — = Notiz nicht zustandekommen. Basalt 16, Bonner Berg 40 1/2, Deutsche Erdöl 90 1/2, F. G. Farben 108 1/2, Gelsenkirchener 79 1/2, Mannesmann 60, Schuderer 88, Stollwerck 43, Commerzbank 53 1/2, Reichsbank 150, Allianz 195, Colonia Rüd 210.

Kohlengemüse in Massen auf dem Kölner Hauptmarkt.

Köln, 21. Februar.

Trotz Kälte und Schnee auf dem Lande war der Hauptmarkt wieder sehr stark besetzt. Aus der Ruhr Gegenden trafen allein rund 40 Wägen Kohlengemüse ein. Wie immer in letzter Zeit war auch der Obstmarkt überfüllt. Es kostete im Großhandel: Kartoffeln, gelbe Nieren 3,5 bis 4, blaue 5, Industrie 2,20—2,70, holl. Erbsen (Saatkartoffeln) 6 Mark der Zentner, Grünbohnen 4—7, Rotbohnen 3—5, Weißbohnen 1,2—3, Birsingbohnen 3,5—6, Rosenbohnen 15—16, Feldsalat 50—80, Karotten 3—4, weiße Rüben 3,5—6, Spinat 13—18, Stedrüben 2,5—3, Möhren 1 bis 5, Rettichsalat 50—60, Zwiebeln 5,5—1 Pfennig das Pfund. Die ersten hiesigen Radieschen aus dem Treibhaus 12—15, Schwarzwurzeln 10—12 Pfennig das Pfund. Weiß-

ohl 4—10, Rotkohl 5—15, Birsing 6—18, Kohl- abt 2—4, Sellerienollen bis 20, Rettich 2—5, Meerrettich bis 25 Pfennig das Stück. Molkereibutter 1—1,10, Landbutter 0,90—1 Mark das Pfund. Eier 8,5—11 Pfennig das Stück. Ruch- pfel 10—17, Gähpfel 17—30, Baumrinne 30—50 Pfennig das Pfund. An Auslandswaren: En- viden 10—25, Kopfsalat 15—19, Blumenkohl 17 bis 35 Pfennig das Stück. Tomaten 35—45, Almeria-Trauben 15—20, Zitronen Risse zu 150 Stück 5,50—7, zu 300 Stück 8—12, Apfel- änen Java Risse 12—13, Valencia Risse 12 bis 16 Mark. Birnen 40—50, holl. Ruchpfel 12 bis 16, holl. Trauben 80—90, brüffeler 190—200, Ananas 80—90, Bananen 27—28, Maronen 16 bis 20, Haselnüsse 35—45 Pfennig das Pfund.

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Köln, 21. Februar.

Es bedeutet Ag. Roggen, F. Futter, W. Winter. Weizen rhein. 74 kg 20,90, Weizen ausl. 23,00—24,50, Roggen rhein. 70—71 kg 16,50, Roggen nordb. 18,40—18,80, Roggen ausl. 13,50—14,00, Hafer hiesiger 13,50—14,00, Hafer nordb. 13,50—14,00, Hafer ausl. 13,50—14,00, R. Gerste ausl. 17,25, B. Gerste inl. 17,50—18,50, Mais roher 19,50—20,00, Mais feiner 19,50—20,00, Weizenmehl inl. 27,25—27,75, Rhein Weizen- badermehl m. Auslandsbrot 27,50—28,00, Roggenmehl 70 Brz inl. 22,75—23,25, 70 Brz m. ausl. 23,50—23,75, Roggenmehl inl. 19,00—19,50, ausländischer 22,75—23,00.

Stimmungsbericht: Die an letzter Freitag- börse eingefakte Marktbelegung hält an. Das Angebot in Getreide tritt nicht besonders her- vor. Wehl erheblich befestigt und sonst alle Waren gut behauptet.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 21. Februar.

Rheinische runde gelbe Kartoffeln 1. Qua- lität (Industrie) 2,30, 2. Qualität (Indus- trie) —, norddeutsche lange gelbe (Nieren) Kartoffeln 2,60, rheinische und pälzische Industrie-Kartoffeln 1,90 Mark.

Kölner Butternotierungen vom 21. Februar.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilogramm ab Verladung ohne Verpackung. 1. Qualität 190, 2. Qualität 174, 3. Qualität 164. Tendenz: fest.

Bonner Markt

Bonn, 21. Februar.

Gezahlt wurden im Großhandel: Kartoffeln, Nieren 400, rote 600, Oberländer Industrie 260 bis 280, hiesige 240—250, rheinische 280, Birsing 5—6, Weißkohl 2,5—3, Schwarzwurzeln 13 bis 15, Spinat 16—18, Sellerie 8—15, Breitlauch 2 bis 4, Feldsalat 60—75, Zwiebeln 5—6, Gäh- pfel 17—25, Ruchpfel 13—16, Apfelsinen 3—7, Bananen 22—24, Eier 10—11, Molkereibutter 110—120, Landbutter 110.

Bonner Schlachtviehmarkt.

Bonn, 21. Februar.

Zum Schlachtviehmarkt wurden aufgetrie- ben und je Pfund Schlachtgewicht in Reichs- pfennig notiert: 4 Ochsen —, 23 Kühe und Rinder 32—48, 14 Bullen 42—48, 183 Kälber 35—65, 171 Schweine 46—56. Marktverlauf: ruhig.

Hilfswert für Neunkirchen.

Wie wir vom Deutschen Roten Kreuz erfahren, hat die Saarregierung die zollfreie Einfuhr von Liebesgaben- paketen für die Explosionsgeschädigten in Neunkirchen genehmigt, wenn die Pakete die Aufschrift „Hilfswert für Neunkirchen“ tragen. An die Spitze des Hilfsausschusses in Neunkirchen, in dem die Behörden und Wohlfahrtsorganisationen vertreten sind, ist Landrat Dr. Koch in Ottweiler getreten.

Wegeeinziehung.

Der untere Teil des alten öffentlichen Weges Neuenhaus—Rothhausen, umfassend die Parzellen Gemarkung Halber, Flur 5 Nr.

1263	1265	1266	1268	1269	1275
0,35	0,85	0,35	0,35	0,35	0,35
1342	1412	1413	1423	1424	1576
0,35	0,35	0,35	0,35	0,22	0,28

soll dem öffentlichen Verkehr entzogen werden.

Dieses Vorhaben wird hierdurch gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 öffent- lich bekannt gemacht. Etwaige Einsprüche sind zur Vermeidung des Ausschlusses binnen 4 Wochen, d. h. in der Zeit vom 27. Februar bis zum 26. März 1933, bei der unterzeichneten Behörde anzu- bringen.

Eine Katasterzeichnung der einzuziehenden Wegestrecke liegt in der genannten Zeit in der Ver- waltungs-Geschäftsstelle des Amtes Halber in Schalksmühle während der Dienststunden zur Ein- sichtnahme offen.

Halber, den 20. Februar 1933.

Die Wegepolizeibehörde.

Kaufm. Lehrling zu Ostern gesucht.

Schriftl. Bewerbungen mit Lebenslauf sind zu richten unter Nr. 165 an die Geschäftsstelle des Allge- meinen Anzeigers Halber.

Für mein Postler- und Dekorations-Geschäft suche ich einen Sohn ordentlicher Eltern als Lehrling.

Eugen Seufert, Lüdenscheid.

Batterien für Taschen-Lampen

Wilh. Bell jr., Halber.

3-4 Zimmer-Wohnung in Halber oder Umg. per 1. April od. später zu vermieten.

Zu erfragen in der Ge- schäftsstelle des Allge- meinen Anzeigers Halber.

Empfehle und halte auf Lager vorrätig: Langenbrahmer Anthrazit Auf 2 Langenbrahmer Anthrazit Auf 3 Langenbrahmer Eierform- brikketts Felt Auf 2 Gähpfel 2 Braunkohlen Brikketts.

Bestellungen auf Brechkohls 40.60 u. 20.40 nehme entgegen.

C. Zimmermann, Ohi-Rönsagel

Samstag, den 25. Februar, 17 1/2 Uhr in den unteren Räumen des Hauses z. Fuhr

Musik-Abend

der Schüler der Klavier-Unter- bis Ober- stufe von

Hildegard Köhler.

Eltern und Freunde der Schüler und alle, die Interesse an der musikalischen Ausbildung der Jugend haben, sind freundlichst eingeladen.

Schwimmberein Halber 1931.

Samstag, den 25. Febr. abends 8 Uhr beim Mitglied Carl Kind, Lene

Jahres-Haupt-Verammlung.

Allseitiges Erscheinen ist erforderlich.

Der Vorstand.

Br. Turn- u. Spiel-vereine Halber e. V.

Donnerstag, den 23. Februar nach dem Turnen wird der

Vericht über den Gau- turntag i. Plettenberg erstattet.

Der Turnrat.

Farbkästen mit Wasserfarben Malbücher

empfehlen:

Wilh. Bell jr., Halber

Kranken- und Sterbe- kasse Halber.

Sonntag, den 26. Febr. 1933,

Haupt-Verammlung

nachm. 4 1/2 Uhr im Lokale Fasbender.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahlen.
4. Leistungen u. Beiträge.
5. Verschiedenes.

Sollte diese Versamm- lung nicht beschlußfähig sein, so ist auf 5 Uhr eine zweite Versamm- lung anberaumt, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschene- nen beschlußfähig ist.

Freitag, den 24. Febr. abends 8 Uhr im selben Lokal

Vorstandssitzung.

Der Vorstand.

Briefpapier

lose und in Kartons

Wilh. Bell jr., Halber.

Achtung! Achtung!

Es wird am Freitag, den 24. Febr. von 9—10 Uhr an der Wirtschaft R. Kind in Halber, v. 11—12 Uhr an d. Wirtschaft, Vorling- haus in Brügge

ein großer Transport

Ferkel u. Läufer- schweine

das Stck. von M. 8.— an, größer. Läufer schweine spottbillig verkauft.

Soh. Rutsch, Boffel.

Gewinnauszug

5. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

12. Ziehungstag 21. Februar 1933

An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 187553
6 Gewinne zu 10000 M. 25604 50322 207607
4 Gewinne zu 5000 M. 52686 138350
14 Gewinne zu 3000 M. 139107 154477 232633 247913 249202

268007 352227
36 Gewinne zu 2000 M. 2709 25542 28599 33868 54502 72009

78515 103947 120679 150174 202447 250112 284960 297678 313102

369552 370450 371551
132 Gewinne zu 1000 M. 15934 17287 21456 26089 35334 35681

35918 37530 45331 51795 56821 57641 75581 80207 97889 99757

102666 114512 115578 117345 120556 124268 133445 139030 149446

154459 159575 165918 167426 173235 180784 181944 190707 192553

196620 197293 198808 200315 202225 207556 207729 208971 215828

218651 225449 228740 240947 244171 249732 257310 264779 271928

274721 277607 281224 301857 303056 318193 324284 337716 338862

347769 379122 380731 381870 386676
188 Gewinne zu 500 M. 6005 6072 13727 25118 32874 41619 53947

55668 58528 71644 72503 74074 75731 76014 83415 85521 9163

10428 105050 110729 112747 116295 117446 126595 137904 13798

139580 142982 144525 144675 145855 147674 149585 151425 15252

153703 156898 157468 163156 163351 163358 163365 173130 177386

187586 188322 189684 190952 191904 222148 223095 232807 239329

239565 240565 241890 242926 257527 260314 260353 276583 282393

285914 291438 294054 296159 297659 307393 307393 308310 308680

315285 317394 322522 323900 326863 329802 330836 333378 336725

338691 338838 340010 340812 343024 347128 349080 349971 367912

376388 378387 392538 394829 396643
An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 120147

4 Gewinne zu 10000 M. 158258 311946

8 Gewinne zu 5000 M. 87155 236257 328257 395080

22 Gewinne zu 3000 M. 10232 39456 57487 79629 178887 225534

260144 271189 302853 340073 372979

38 Gewinne zu 2000 M. 8535 10652 17286 23955 64849 163190

187275 205510 203301 228554 240371 250970 257755 294237 316356

316886 343830 348187 382272
100 Gewinne zu 1000 M. 333 6542 8041 11966 36023 40609 66169

67631 87439 92780 98412 102112 124457 124980 127731 137828

141749 163240 165529 191633 194246 198419 199586 205223 22498

234505 239194 243365 244628 246114 248308 253164 261139 264723

282523 285786 289653 329801 335456 339091 356944 362165 364793

369326 372855 379985 381348 381431 390726 398755
148 Gewinne zu 500 M. 4836 4964 5198 13809 15552 18134 23338

29663 29948 42228 50587 53779 64270 66382 67531 89796 103292

107356 113864 114771 125845 142401 144071 145298 146302 161260

163106 168989 168488 173216 175495 176648 208950 208950 208950

212369 215104 216560 228590 229453 231212 235891 256843 264836

267457 267734 268206 268416 276094 276094 276094 284357 287147

290093 300779 303524 319020 319244 321622 343484 348749 353269

358282 362537 384618 384655 371751 375858 377930 377998 381016

394193 498647 399705
Im Gewinnrade verblieben: